

Verhaltensnoten / Kopfnoten sollen bleiben - gut so?

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 30. November 2018 18:24

Interessant ist auch die Übersicht über die unterschiedlichen Varianten der Verhaltensnotenvergabe in Deutschland in diesem n4t-Artikel.

[Zitat von Zitat](#)

Nach der Wende 1989 wurden die in der DDR üblichen Kopfnoten größtenteils abgeschafft - außer in Sachsen. Dort gibt es laut „Wikipedia“ immer noch Zensuren für Betragen, Fleiß, Ordnung und Mitarbeit, die von 1 bis 5 als Noten vergeben werden.

In der Bundesrepublik wurden die Kopfnoten in den 1960er und 1970er Jahren in einigen Bundesländern abgeschafft. Lediglich in Baden-Württemberg, im Saarland und in Rheinland-Pfalz blieben sie für Verhalten und Mitarbeit stets erhalten. In Hessen und Niedersachsen gibt es die Kopfnoten „Arbeitsverhalten“ und „Sozialverhalten“, die von der 3. Klasse bis zum Ende der Sekundarstufe I (im G8-Modell: Jahrgang 10 einschließlich) vergeben werden. Auch für die Abstufungen gibt es keine einheitliche Regelung. Während beispielsweise in Rheinland-Pfalz nur vier Noten vergeben werden können (sehr gut, gut, befriedigend, unbefriedigend), sind in Hessen entsprechend den Fachnoten alle Noten von sehr gut bis ungenügend möglich, in Niedersachsen gibt es dagegen statt Noten fünf unterschiedliche schriftliche Bemerkungen.

Inzwischen wurden die Kopfnoten in einigen Ländern wieder eingeführt. Zum Schuljahr 2005/2006 wurden in Bayern in der dritten und vierten Klasse der Grundschule wieder Kopfnoten vergeben. In Brandenburg werden in der Grundschule ab der dritten Klasse wieder Kopfnoten vergeben. Auch Mecklenburg-Vorpommern vergibt Kopfnoten. In Nordrhein-Westfalen wurden sie 2010 nach der Einführung im Jahr 2007 jedoch bereits wieder abgeschafft.

<https://www.news4teachers.de/2018/11/schuel...altungsgericht/>

In Sachsen wurden sie meiner Meinung nach aber auch zunächst auch mit der Wende abgeschafft, nur dann Anfang der 1990er Jahre rasch wieder reaktiviert. In den anderen ostdeutschen Bundesländern waren die Eltern immer mit übergroßer Mehrheit dafür (70-80%), die Landesregierungen folgten diesem Wunsch aber nur zögerlich.